

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz...

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Haachfeld...

Verantwortlich für den Inzeratenthell: F. Augkist in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 873

Mittwoch, 13. Dezember.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal...

Inserate, die sechs-spaltige Zeitspalte ober dem Raum...

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 12. Dezember, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der Antrag Auer auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Stal wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien, Serbien.

Die Kommission (Berichterstatter Dr. Pasche) beantragt unveränderte Annahme der Handelsverträge.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Manteuffel (dt.) wird zunächst über den rumänischen Handelsvertrag beraten.

Zu Artikel 1 (Zusicherung freien Handels und freier Schifffahrt zwischen beiden Ländern u. s. w.) polemisiert

Abg. Graf v. Limburg-Stürum (dt.) zunächst gegen den Satz im Kommissionsberichte: „Seitens der Minorität wurde gegen die vorstehenden Ausführungen vielfacher Widerspruch erhoben, dieselbe verzichtet jedoch darauf, die Gründe ihres Widerspruchs in diesem Bericht zur Darstellung zu bringen.“

Ein solcher Bericht ist mir noch nie vorgekommen. (Sehr wahr! rechts.) Denn bisher sind immer die Gründe der Minorität zur Geltung gebracht worden.

Der allgemeine Bericht enthält lediglich die Ausführungen des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall und des Abg. Dr. Baasche (Heiterkeit), nicht aber die Ausführungen des Grafen v. Limburg und anderer Gegner. (Sehr richtig! rechts.)

In dem Bericht ist ferner die Anspielung darauf, daß bei der Beurtheilung der Handelsverträge von dem Tatbestande der Weisbegünstigung ausgegangen worden ist, nur dahin zu verstehen, daß viele Herren auf diese Weise sich von ihrem Versprechen, gegen die Handelsverträge zu stimmen, lösen wollen.

Das beweist, daß man künftig Verprechungen allein nicht mehr glauben, sondern sich die Leute ansehen soll, die Verprechungen machen. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat uns vorgeworfen, daß wir kein Material beigebracht hätten, wir sollten unsere Nase in die sogenannten „grünen Bücher“ stecken. Aber aus der Statistik allein kann man keine Schlüsse auf den Werth der Handelsverträge ziehen.

Die Presse sind nicht allein von den Böllen abhängig, sondern setzen sich aus den verschiedensten Faktoren zusammen, hier spricht die Einsicht mit, wie es im Lande geht, die Valutafrage u. s. w. Es ist die allgemeine Stimmung im Lande, daß die Entwürdigung der Bölle auf 250 M. der Landwirtschaft schadet. Das ist die Ansicht der Landwirthe. Ich bedauere, daß wir eine solche Autorität wie früher an der Spitze der Regierung nicht mehr haben.

Die größte politische Autorität, die wir in Deutschland haben, ist ein Gegner der Handelsverträge. (Sehr richtig! rechts.) Die ganze lokale Landbevölkerung wird durch die Handelsverträge schwer geschädigt. (Zustimmung rechts.)

Es wäre sehr wohl möglich gewesen, ohne Opfer der Landwirtschaft Handelsverträge zu schließen. Es ist ja sehr schwer gewesen, den tüchtigen österreichischen Unterhändlern gemachsen zu sein. Nachdem aber der Landwirtschaft einmal so große Opfer auferlegt worden sind, muß wenigstens die Nahrungsfrage geregelt werden.

Wir bekämpfen den rumänischen Vertrag, der die Landwirtschaft schädigt, mit dem spanischen und serbischen Vertrag steht es nicht so schlimm. Nach Gutheißung des rumänischen Vertrages besteht die Gefahr, daß russisches Getreide bei uns als rumänisches zugelassen wird. (Präsident v. Lesekov macht darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen in die Generaldebatte gehören, die bei der zweiten Lesung nicht zulässig sei.)

An einen rumänischen Zollkrieg im Falle des Nichtzustandekommens des Handelsvertrages glaube ich nicht. Sollte er aber kommen, dann mögen sich die Herren Industriellen klar machen, daß man nicht ungestraft die Interessen der Landwirtschaft vernachlässigen darf. (Sehr richtig! rechts.)

Viele Herren meinen, einen rumänischen Handelsvertrag anzunehmen, einen etwaigen russischen aber deswegen doch abzulehnen zu können. Das dürfte ihnen aber sehr schwer fallen. Man kann in einem Lande in politischer Freundschaft leben ohne Handelsvertrag, wie das unser Jahre lang Verhältnis zu Rußland gezeigt hat. Schließen wir aber einen rumänischen Handelsvertrag und isolieren wir damit Rußland, so charakterisiert sich das als eine politische Spitze, als ein Akt der Gefährdung gegen dieses Land.

Wir sind darum nicht gekommen, dem Vertrage zuzustimmen selbst auf die Gefahr hin, daß die Industrie davon Schaden haben könnte. (Beifall rechts.)

Auf Antrag der Abg. Ricker und Dr. Barth wird mit der Diskussion über Art. 1 auch die Diskussion über Art. 2 (Zusicherung der Weisbegünstigung) und Art. 7 (gleichmäßige Zollbehandlung der beiderseitigen Bodenerzeugnisse) verbunden.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Nach den Ausführungen des Vorredners, daß, wer diesem Vertrage zustimme, nicht umhin könne, den russischen Vertrag anzunehmen, könnte ich mich der Hoffnung hingeben, daß alle die Herren von der konservativen Partei, die für den österreichischen Vertrag gestimmt haben, nun auch für den rumänischen eintreten werden. (Widerpruch rechts.)

Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer den rumänischen Vertrag annimmt, übernimmt keinerlei Verantwortlichkeit für einen weiteren Vertrag. Auch kann doch ein Vertrag, der gar nicht existirt, von dem Niemand weiß, ob und wann er abgeschlossen werden wird, nicht in ernste Diskussion gezogen und nicht als Schreckbild benutzt werden.

In all den Ausführungen des Vorredners, die ja nicht neu waren, leuchtet der Grundgedanke hindurch, daß man glaubt, wenn man die Nothlage der Landwirtschaft recht schildern kann, man damit ein beweiskräftiges Argument gegen den rumänischen Handelsvertrag hat. Je größer die Nothlage der Landwirtschaft ist, um so mehr sollten Sie sich hüten, durch Ablehnung des Vertrages jetzt 60-70 000 deutschen Arbeitern das Brot zu entziehen. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.)

Auf bei den Antijeniten: Tabaksteuer!) Um ein triviales Sprichwort anzuwenden: Der Sperling in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache. Die Taube, die Sie sicher in der Hand haben, wollen Sie preisgeben wegen des Sperlings, von dem man behauptet, daß er auf dem Dache sitze, den hier aber weder im Plenum noch in der Kommission bisher jemand gesehen hat. Die Läden in den Ausführungen aller Gegner der Handelsverträge

werden nicht durch sachliche Argumente, sondern durch „Stimmungsbilder“ ausgefüllt. Die herrschende Stimmung in der Landwirtschaft ist allerdings, wie der Reichsanwalt schon früher ausführte, für die verbündeten Regierungen eine ernste Mahnung, ihr nachzugehen (Hört, hört! rechts), um zu sehen, wo gerechte Beschwerden sind und den Beschwerden nach Maßgabe der staatlichen Machtmittel abzuwehren. Die verbündeten Regierungen werden sich aber durch Niemand, auch nicht durch den Bund der Landwirthe beirren lassen, alle Zeit für das Wohl der Landwirtschaft einzutreten; man sagt, das seien nur Worte. Diese Worte der verbündeten Regierungen haben ebensoviele Werth, wie die Thaten des Bundes der Landwirthe. (Unruhe rechts.)

Man kann über den Werth von Verträgen streiten. Man kann Tarifverträge ablehnen und nur autonome Verträge verlangen. Man kann aber auch einen Vertrag verwerfen und einen anderen genehmigen. Aber was man nicht kann, ist, einerseits einer Reihe von Staaten gegenüber auf 10 Jahre einen Tarifvertrag schließen und dann sagen: nun ist die Thür zu, nun wollen wir wieder autonom werden. (Unruhe rechts.) Eine solche Politik differentialer Behandlung einzelner Staaten muß den Zollkrieg zu einer organischen Einrichtung machen. (Sehr richtig! links.)

Der Zollkrieg ist unter Umständen ein notwendiges Uebel, und die verbündeten Regierungen haben gezeigt, daß sie davor nicht zurückschrecken; aber er ist nur ein Mittel zum Zweck. Wenn wir dagegen die Politik verfolgen, die der Vorredner angerathen hat, dann wird der Zollkrieg zum Selbstzweck; Sie schaffen dann nicht wirtschaftliche Werthe, Sie zerstören sie. (Sehr wahr! links.)

Es ist der Arbeit werth nachzuforschen, ob die Anschauung in ländlichen Kreisen überall auf richtiger Information beruht. Das verneine ich. (Widerpruch und Unruhe rechts.) Jetzt wird jeder Faktor, der unser wirtschaftliches Leben ungünstig beeinflusst, den Handelsverträgen zugeschoben. Man vergißt, daß wir heute unter einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression leben. Aber es ist in der That kein Anlaß zu dem trostlosen Pessimismus, der heute von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf geht. (Widerpruch rechts.)

Ein Nothstand für die Landwirtschaft mag vorhanden sein. Aber Thatsache ist doch, daß die Noth am größten ist in den Ländern, die Getreide exportiren, und nicht in denen, die importiren. (Sehr richtig! links.)

Man giebt sich irrigen Anschauungen über den Einfluß des Zolles auf den Preis hin; seit 1892 ist die Einfuhr des Roggens auf ein Drittel, und des Weizens auf die Hälfte gesunken. Da kann sich doch jeder Bauer selbst sagen, daß an dem niedrigen Preise nicht die verminderte Einfuhr, sondern die Vermehrung der inländischen Produktion Schuld ist. Die Ablehnung des rumänischen Handelsvertrages beruht auf unrichtiger Information in landwirtschaftlichen Kreisen. (Widerpruch rechts.)

Neun Behälter der Landwirthe wissen noch gar nicht, daß es sich nicht um Aufhebung, sondern bloß um die Ermäßigung bestehender Bölle handelt. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.)

Auch der Bund der Landwirthe hat es nicht gewußt, als er sein Programm aufstellte. (Sehr richtig! links.) Die Herren kennen überhaupt nicht die tatsächlichen Verhältnisse. In der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer wurde einstimmig eine Resolution angenommen, daß, solange Rußland und Rumänien ihre Valuta nicht geregelt haben, es unmöglich sei, einen Vertrag mit ihnen zu schließen. Diese Gesellschaft wußte also nicht, daß seit 1890 in Rumänien die reine Goldwährung eingeführt ist. (Hört, hört! links.)

Man befürchtet von dem rumänischen Vertrage die Einströmung russischen Getreides; es müßte doch stattdessen nachweisbar sein, daß seit Schließung der russischen Grenze die Einfuhr rumänischen Getreides zugenommen hat, das ist nicht der Fall. Auf Grund der amtlichen Mittheilungen der Konfuln und der zahlreichen Beamten, die wir dort zur Kontrolle halten, kann ich versichern, daß der komplizierte Kontrollapparat gut funktioniert. Wenn also die Stimmung in der deutschen Landwirtschaft auf falschen Voraussetzungen und unrichtigen Informationen beruht, wie kann man den verbündeten Regierungen zumuthen, daß sie sich von diesem Strom tragen lassen, ohne zu wissen, wie sie landen werden. (Hört, hört! links.)

Unruhe rechts.) Unterhänden wir auch nicht die Intelligenz der deutschen Landwirthe, sie sind vollständig in der Lage zu begreifen, daß das, was ihnen bis heute gelagt worden ist, irrig war. (Beifall links.)

Der Vorredner glaubt nicht an einen Zollkrieg, wenn der Vertrag abgelehnt wird. Wenn wir den Vertrag verwerfen, so sind wir gezwungen, wieder den 5 Mark-Zoll zu erheben und dann fängt der Zollkrieg an. Von diesem Augenblick an steht unsere ganze Ausfuhr in Frage; es handelt sich da um Lohnbeträge von 120 bis 130 Millionen für die deutschen Arbeiter. Dieser Lohn kommt auch der deutschen Landwirtschaft zu gute, denn die Arbeiterbevölkerung ist die beste Kundenschaft der Landwirtschaft. Man wirft der Regierung auf der rechten Seite vor, daß es so weit gekommen sei, daß sie bei Freilassung und Sozialdemokraten Schutz suchen müsse. Wir sollten also wohl Handelspolitik treiben nach dem Beifall einzelner Parteien? Wollen Sie vielleicht damit andeuten, daß die Handelspolitik der Regierung eine freihändlerische ist. (Auf rechts: gewiß!) und daß Sie allein die Fahne des Schutzzolls hoch halten, so stelle ich eine solche Rollenvertheilung entschieden in Abrede. Wir sind durch die allgemeine Einführung des Schutzzolls in die Nothwendigkeit versetzt, jetzt Handelsverträge zu schließen, und nun drängt sich ein Theil der 1871 mitgemacht hatte, von selbst, mit Gewalt gewissermaßen in die Position der Sieger. Man führt die öffentliche Meinung irre, wenn man ihr sagt: aus dem Beifall der Linken gehe hervor, daß die Regierung auf den Freihandel zurückgehe. Der jetzige Tarif ist ja ein vielfach noch höherer, als der von 1879, und dieser Tarif war doch gewiß kein freihändlerischer, auch nicht bezüglich des Zolles Grernalten. Ich appellire von dem minder gut informirten Bund der Landwirthe an den besser informirten deutschen Reichstag. Bewahren Sie das deutsche Reich vor einem Beschluß, der die Industrie, die Arbeiter und auch die Landwirtschaft schwer schädigen würde. (Beifall links.)

Lachen rechts.) Berichterstatter Abg. Dr. Baasche erwidert dem Abg. Graf Limburg, in der Kommission sei die Minorität erlucht worden, ihre Gegengründe zu formuliren. Die Herren hätten darauf verzichtet. Der Bericht hätte aber nicht ausführlicher sein können, weil er in

1 1/2 Tagen hätte fertig gestellt werden müssen. Die angegriffene Stelle entspreche genau den in der Kommission geäußerten Wünschen der Minorität. Mit dem Staatssekretär sei auch er (Redner) der Ansicht, daß die Landwirthe nicht gewußt hätten, daß wir Rumänien gegenüber bereits den ermäßigten Getreidezoll hätten. Er könne auch nicht dafür, daß ihm andere Ansichten untergeschoben würden, als er auf Grund seiner Kenntniß des Vertrages vor den Wahlen geäußert habe. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Staudy (dt.) bleibt dabei, daß jeder Kommissionsbericht auch die Gründe der Minorität enthalten müsse. Abg. Dr. Hammacher (nl.) rechtfertigt die Kommission gegen die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Die Kommission hat, um überhaupt den Bericht rechtzeitig fertigzustellen, die Minorität aufgefordert, ihre Gründe selbst niederzulegen. Dazu waren die Herren bereit. Erst nach 1 1/2 Stunden erschien Herr v. Bloch und erklärte, die Minorität verzichte auf Darlegung ihrer Gründe. (Hört! hört!) Da habe ich als Vorsitzender der Kommission die Fassung vorgeschlagen, die Sie jetzt im Bericht finden.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (dt.) erklärt, die Minorität habe keine Zeit zur Überlegung ihrer Gründe mehr gehabt, sie sei einfach majorisirt worden.

Abg. Dr. Schäfer (Str.): Die Strömungen, die gegen den rumänischen Handelsvertrag bestehen, haben eine sehr reale Grundlage. Auch ich nehme die Intelligenz, von der der Staatssekretär sprach, für die Landwirthe in Anspruch. Sie werden falschen Vorspiegelungen bald auf den Grund zu gehen wissen. (Sehr richtig! rechts.)

Auch ich bin der Ansicht, daß dieser Vertrag die Landwirtschaft schädigt und diese Ansicht theilen viele meiner Freunde. Deshalb kommen wir zu einem großen Theil zur Ablehnung des Vertrages mit Rumänien. Damit erklären wir uns aber nicht prinzipiell gegen Handelsverträge, womit wir auch wiederum nicht sagen wollen, daß wir der Regierung volles Vertrauen entgegenbrächten (Heiterkeit), denn das ist nach Lage der Sache ausgeschlossen. Die politische Bedeutung, die der österreichische Handelsvertrag gehabt hat, können wir dem rumänischen nicht beimessen. Deutschland ist nicht bloß ein Industriestaat. Ich glaube, Industrie und Landwirtschaft seien zum Mindesten gleichberechtigt. (Hört, hört! rechts.)

Der abgeschlossene Vertrag gewährt Rumänien Zollermäßigungen, durch welche die Einfuhr von Rohprodukten und von Getreide ganz bedeutend in die Höhe schnell. Vereint mit dem, was bereits aus Oesterreich-Ungarn und Amerika hereingekommen wird, wird durch diese Einfuhr ein stetiger Preisrückgang herbeigeführt, der den deutschen Getreidebau nicht mehr lohnend macht. Dieselben Staatsmänner, die einen Rückgang der Landwirtschaft anerkennen, vereinbaren Verträge, die die ausländische Konkurrenz fördern und den inländischen Getreidebau noch unrentabler machen. Bei dem österreichischen Handelsvertrag hat fast ausschließlich die Landwirtschaft Opfer gebracht. Deshalb will man die deutsche landwirtschaftliche Produktion noch weiter schädigen? Aus den Angaben der Statistik geht hervor, daß Rumänien an dem deutschen Import mit ein Fünftel theilnimmt. Rumänien's Einfuhr wächst stetig, während Oesterreich's Einfuhr zurückgeht. Die Zufuhr Rumänien's wird sich noch bedeutend vergrößern, wenn der Zollfuß jetzt ermäßigt und auf zehn Jahre festgelegt wird. Die Annahme, daß russisches Getreide auf dem Wege über Rumänien zu uns kommt, ist nicht ganz unberechtigt. Wenn die Konfusa auch mit noch so großer Vorsicht die Ursprungszeugnisse ausstellen, so wird sich die Einfuhr russischen Getreides über Rumänien doch nicht verhindern lassen, es sei denn, daß man die Einernung des rumänischen Getreides und das Hineinbringen derselben in die Läger deutscherseits beaufsichtigt. Eine Zustimmung zum rumänischen Vertrag würde auch die Zustimmung zum russischen Vertrag bedingen. Die Ausführungen des Staatssekretärs über die Interessen der Arbeiter könnten im Lande etwas demagogisch klingen. Auch wir haben ein Herz für den Arbeiter, aber auch für den Bauern. Der beste Abnehmer der Industrie ist schließlich eine zufriedene Landwirtschaft, und wenn wir gegen den rumänischen Vertrag stimmen, so geschieht es im Interesse unserer bayerischen Bauern. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Der größte Theil des rumänischen Getreides nimmt nicht den Weg über die Donau, sondern geht über Galatz nach den Nordseehäfen. Damit sind die Befürchtungen wegen des russischen Getreides, daß durch den rumänischen Vertrag zu uns eingeführt werden würde, hinfällig. Wir werden mit rumänischem Getreide durchaus nicht überschwemmt werden. Denn England nimmt jetzt schon 90 Proz. des rumänischen Exports in Anspruch, und in Zukunft wird England einen noch größeren Theil absorbiren. Die rumänische Regierung hat alles Interesse, zu verhindern, daß russisches Getreide über Rumänien zu uns gelangt. Es ist auch durchaus unrichtig, zu glauben, daß mit der Annahme des russischen Handelsvertrages nothwendigerweise die Zustimmung zu einem russischen Vertrag verbunden sei. Ich werde auch für keinen russischen Vertrag stimmen, wenn nicht der Landwirtschaft auf anderen Gebieten KonzeSSIONen gemacht werden. Nichts führt mit größerer Bestimmtheit zur Annahme eines russischen Vertrages als die Verwertung des rumänischen Vertrages. Die Agitationen in landwirtschaftlichen Kreisen berücksichtigen auch nicht die Schädigung der Industrie und der Arbeiter durch eine solche Verwertung. Kommt es zu einem Zollkrieg, so wird es ja jahrelanger Arbeit bedürfen, einen Erlaß für den verloren gegangenen Export zu schaffen. Ich bin überzeugt, daß niemand beabsichtigt, durch sein Votum die Arbeiter zu schädigen. Aber man mag doch nicht vergessen, daß der beste Abnehmer der deutschen Landwirtschaft die industriellen Arbeiter und deren Arbeitgeber sind. Ich habe immer die Solidartät der Interessen von Landwirtschaft und Industrie betont und den Kampf zwischen beiden fernzubalten gesucht. Unsere gemeinsame Gegner sind die Freihändler. Die Folge der heutigen Agitationen in den landwirtschaftlichen Kreisen wird schließlich sein, daß sich die Regierung den Freihändlern in die Arme wirft, und daß wir dem Freihandelsystem widerstandslos entgegengehen. Das würde ich auf das Lebhafteste beklagen. Das ganze Werk von 1879 würde dann vernichtet werden. (Beifall.)

Abg. Graf Mirbach (H.): Ich freue mich sehr über den Standpunkt, den Herr v. Stumm zum russischen Handelsvertrag einnimmt. Wenn die erforderlichen Kompensationen für die Landwirtschaft gewährt werden, sind auch wir ihm nicht abgeneigt. Unversöhnlich sind wir nicht, ich am allerwenigsten. Den industriellen Arbeitern stehen dreimal so viel landwirtschaftliche gegenüber. Diese würden durch die Handelsverträge erheblich geschädigt werden. Die Herren an der Spitze des Bundes der Landwirthe haben in der That eine schwere Aufgabe, die Landleute lassen sich schwer in Bewegung bringen. Das würde erleichtert werden, wenn der Reichstag wieder aufgelöst werden würde. Es ist ja richtig, daß wir Rumänien gegenüber provisorisch den ermäßigten Zoll von 3,50 Mk. haben, wir haben f. B. Konntenz geübt, denn es ist nicht unsere Sache, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, aber wir werden in Zukunft wohl etwas weniger Konntenz üben müssen. Wenn man von einem autonomen Zollsatz gegenüber Rumänien spricht, dann man nur den 5-Markzoll meinen. Wir im Bunde der Landwirthe wissen wohl, daß Rumänien Goldwährung hat, aber wir haben es mit den übrigen Ländern gewissermaßen in einen Topf geworfen, weil es ein großes Goldagio hat. Noch mehr als die Herabsetzung des Zolls von 5 auf 3,50 Mk. hat die Bindung des ermäßigten Zolls auf längere Zeit eine zersetzende Wirkung unter den politischen Parteien geübt. Daß eine einseitige Begünstigung der Industrie zur Vernichtung der Landwirtschaft führt, zeigt das Beispiel Englands. Wir haben durch die Handelsverträge auf erhebliche Einnahmen aus den Zöllen verzichtet, die fast ausschließlich das Ausland trägt. Dagegen werden Tabak, Wein- und Borsensteuern ganz allein vom Inland getragen werden. Was würden die Beamten sagen, wenn auch sie 50 Pct. abschreiben müßten, wie wir Landleute seit langem thun? Wir werden geschlossen gegen den Vertrag stimmen. Wenn Herr v. Marschall noch Abgeordneter wäre, würde er mit uns gehen, denn er ist ein gut konservativer Mann. (Abg. Meyer: Sie müssen eben alle Staatssekretäre werden! Heiterkeit.) Ich glaube, namens meiner politischen Freunde zu sprechen, wenn ich die Belehrung vom Regierungssitz, um nicht unhöflich zu sein, nicht als überflüssig, aber doch als unbedeutend bezeichne. Die verbündeten Regierungen haben früher freizügig die Entschiedenheit die Nothwendigkeit eines wirksamen Schutzes der Landwirtschaft betont und auch darnach gehandelt, und meine Partei hat die Regierung nach dieser Richtung, soweit sie es konnte, unterstützt. Nun ist diese Bahn vollkommen verlassen worden und es ist naturgemäß dadurch ein Konflikt zwischen der Partei, der ich angehöre, und der Regierung herbeigeführt worden, aber lediglich auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Ich erinnere an den größten Staat, an Preußen. Dort besteht absolut keine konservative Opposition. Der Konflikt beschränkt sich lediglich auf die Wirtschaftspolitik, und wer hat die Schuld daran? Die verbündeten Regierungen. Wir werden vielleicht noch schweren Kampf haben. Ich möchte daher keinen Schritt weiter thun auf einer Bahn, die ich und meine politischen Freunde für eine abschüssige halten. Ich glaube, auch die übrigen Herren werden, wenn sie die wirtschaftliche Lage des deutschen Vaterlandes genau betrachten und an die Zukunft denken, sich mit uns auf diesem Boden einigen. Wir können dem Handelsvertrag mit Rumänien unsere Zustimmung nicht ertheilen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Barth (Fr. Bg.): Die Frage Freihandel oder Schutz Zoll ist nicht entscheidend für die Stellungnahme zu den Handelsverträgen, das beweist ja der Umstand, daß der schutzöllnerische Staatssekretär Herr v. Marschall diesen Vertrag eingebracht und vertreten hat. Wir haben es als einen Vortheil der bisherigen Verträge angesehen, daß in den anderen Ländern der Zoll auf eine bestimmte Zeit gebunden wird, so daß die deutsche Produktion mit einer bestimmten Sicherheit rechnen kann. Bei diesem rumänischen Vertrage ist die Sachlage eine andere, und die Opposition gegen denselben soll lediglich eine Kraftprobe zwischen Agrarier und verbündeten Regierungen sein (sehr wahr! links). Wahrscheinlich würde auch im Falle der Ablehnung des Vertrags die Regierung an das Votum des Landes appellieren müssen. Eine Ablehnung würde Deutschland ein Armutszertifikat vor fremden Regierungen ausstellen, und die Regierung wäre für Verhandlungen mit fremden Staaten in alle Zukunft kompromittirt. Die neue Ausfuhr des Abg. v. Kardorff über die Vermehrung der Einfuhr holländischer Roggens ist unrichtig. Denn die Einfuhr ist von 4000 Tonnen im Vorjahr auf 2559 Tonnen in diesem Jahr gesunken. Diese That- sache beweist, mit welcher Vorsicht man die selbst mit größter Gemüthsruhe vorgetragenen Behauptungen der Agrarier aufnehmen muß. Herr v. Kardorff hat auch behauptet, Frankreich besitze einen so vorzüglichen Schutz seiner Landwirtschaft, daß auch nicht ein Hammel über die französische Grenze käme. Dabei sind im vergangenen Jahre 140 258 Hammel von Deutschland nach Frankreich importirt worden. Das beweist auch, wie oberflächlich die Behauptungen der Agrarier sind. Der Werth des rumänischen Handelsvertrags kennzeichnet sich am besten dadurch, daß Herr v. Stumm als Schutzöllner zu demselben Ergebnis kommt wie ich als Freihändler, Was in Folge der differenziellen Behandlung Rußlands an russischem Getreide eingeführt worden ist, ist nicht in den freien Verkehr gekommen, sondern auf Mühlenlager gegangen, wo es zu Mehl verarbeitet und dann wieder ausgeführt wurde. Wenn wir nun einen rumänischen Vertrag ablehnen, so kommt das rumänische Getreide allerdings nicht zu uns, aber auf den allgemeinen Weltmarkt und drückt von dort aus auf den Preis des inländischen Getreides. Dasselbe trifft in noch höherem Maße auf das russische Getreide zu. Also auch im Interesse der deutschen Landwirtschaft liegen Differenzzölle nicht. Durch diese künstliche Abschneidung der Zufuhr, leiden die Landwirthe und Konsumenten. Ich hoffe bei der Beratung des russischen Vertrages einen noch eingehenderen Beweis führen zu können. Die Agrarier sprechen auch von Einmischungsfällen durch die Handelsverträge. Bei einem Zoll von 5 Mk. bekommen wir überhaupt kein rumänisches Getreide mehr hinein, haben also dann auch keine Zolleinnahme. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß das Ausland ausschließlich oder fast ausschließlich den Zoll trägt. Wir haben der Regierung für Schutzöllnsystem immer zum Vorwurf gemacht, wenn aber dieselbe Regierung trotz ihrer starken Neigung zur konservativen Partei den Weg der Tarifverträge beschreitet, so beweist das, wie die Nothwendigkeit des allgemeinen Interesses darauf hindrängt. Wenn die Regierung nur fest steht, so bin ich überzeugt, daß sie sowohl für diese Handelsverträge als auch für einen etwaigen russischen Vertrag eine erhebliche Mehrheit finden wird. (Beifall links.)

Abg. Silbert (b. l. Fr.) bekämpft den rumänischen Handelsvertrag, der die bayerischen Landwirthe schwer schädigen würde.

Abg. Budeberg (Fr. Bpt.): Es ist anzuerkennen, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen es verstanden haben, gegenüber den von deutscher Seite gewährten Zugeständnissen von Rumänien soviel zu erreichen als möglich war. Man hat auf agrarischer Seite berufen auf die sächsische Textilindustrie, die angeblich mit dem rumänischen Vertrage nichts zu thun haben wollte, dabei ist es nur der bekannte Ulrich aus Chemnitz, der sich gegen den Vertrag erklärt hat. Es ist eine Thatfache, daß die Ausfuhr der Textilindustrie nach Rumänien sich fortwährend gesteigert hat. Es ist eine Thatfache, daß gegenüber dem aktuellen Zustande, wo wir gegen Rumänien bereits seit einem Jahre den ermäßigten Zoll von 3,50 Mk. haben und die Landwirtschaft durch diesen Vertrag keine Verschlechterung erleidet. Die Wiedereinführung des autonomen Zolls von 5 Mk. halte ich für ausgeschlossen. Das würde nur die Wirkung haben, die Getreide-

versorgung Deutschlands zu unterbinden. Ich kann nicht zugeben, daß ein Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht. Wer das behauptet, könnte sich in Sachen, speziell in der sächsischen Oberlausitz, eines Besseren belehren. Die dichtgedrängte Bevölkerung bei der hoch entwickelten Industrie macht es der Landwirtschaft möglich, alle ihre Produkte, Butter, Kartoffeln und Nebenprodukte leichter zu höheren Preisen abzusetzen. (Sehr wahr! links.) Wenn wir ferner sehen, welche Menge Getreide, Schmalz u. s. w. aus den benachbarten preussischen Provinzen dorthin ausgeführt wird, so ist damit bewiesen, ein wie großes Interesse die Landwirtschaft an der Erhaltung einer konsumtionsfähigen industriellen Bevölkerung hat. Dieser Industrie, die nicht allein vom inländischen Markte leben kann, unterbinden Sie den Lebensfaden, wenn Sie ihr nicht ermäßigten, den ausländischen Markt zu erhalten, den sie nur noch schwerer Konkurrenz gewonnen hat, und den sie nur behaupten kann, wenn sie in der Lage ist, ihre Erzeugnisse unter den gleichen Bedingungen abzusetzen, wie die ausländische Industrie. Wenn Sie immer von der Noth der Landwirtschaft sprechen, so muß ich bestreiten, daß die so groß ist. Sehen Sie sich doch die Landwirtschaft in der Oberlausitz an! Wenn Sie andererseits behaupten, daß die Industrie sehr gut stehe, so ist das nicht zutreffend. Es liegt mir ein Verzeichniß über Betriebsergebnisse von 42 der größten deutschen Alttenbaumwollspinnereien vor. Aus diesem ergibt sich, daß im vorletzten Jahre nur wenige einen mäßigen Gewinn zu verzeichnen hatten, und zwar nur diejenigen, welche die Weberei mit der Spinnerei verbunden. Alle übrigen arbeiteten mit enormen Verlusten, die sich bisweilen auf  $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{3}$  des Aktienkapitals beliefen. Die Situation ist seither etwas besser geworden, aber doch noch immer so, daß die Inhaber froh sein werden, wenn sie einen ganz mäßigen Gewinn erzielen. Die Industrie, die in den letzten Jahren noch am besten stand, die Textilindustrie, hat im Laufe der letzten Jahre ihren Export nach Nordamerika und Brasilien nahezu ganz eingebüßt. Wer das erwägt, muß zu der Erkenntniß kommen, daß es bedenklich ist, diese Situation noch zu verschärfen, indem man der Textilindustrie auch den rumänischen Markt nimmt. Es handelt sich ja dabei viel weniger um die Interessen der einzelnen Industriellen als vielmehr um die Interessen der Arbeiter. Es ist mir eine kleine Kollektion von Baumwollstoffen, die aus der Oberlausitz im Betrage von fünf Millionen nach Rumänien exportirt werden, mit Angabe von Preisen zugegangen. Daraus ergibt sich, daß das Rohmaterial durchschnittlich ein Viertel des Wertes beträgt, also drei Viertel des Wertes erst durch die Arbeit gewonnen werden. Durch die betr. Textilindustrie werden 15 000 Menschen dauernd unterhalten. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Industrien, z. B. der Kurzwareindustrie. Wenn man alle Industrien zusammen nimmt, so kommt man zu der Rechnung, daß allein durch den Export nach Rumänien mindestens 70 000 Menschen jährlich Arbeit finden. (Hört, hört! links.) Wird der Vertrag mit Rumänien abgelehnt, so muß ein erheblicher Theil entlassen werden, denn selbst der wohlhabendste und humanste Arbeitgeber ist außerstande, arbeiten zu lassen, wenn er keine Bestellungen hat. Nun ist gegenüber der großen Zahl von Textilarbeitern, die bei Ablehnung des Antrages entlassen werden müssen, dem Hunger und Elend preisgegeben werden, auf das Interesse der Landwirtschaft hingewiesen worden. Sie werden uns aber doch nicht glauben machen wollen, daß bei Annahme des Vertrages die Landwirtschaft zu Grunde geht, daß dann weniger Leute in der Landwirtschaft beschäftigt werden. Dort werden Entlassungen nicht stattfinden. Dabei komme ich bei der Beurtheilung des rumänischen Handelsvertrages zu dem Schluss: wenn Sie ihn annehmen, so wird kein Acker deutscher Bodens weniger bestellt, kein einziger landwirtschaftlicher Arbeiter weniger beschäftigt werden. Wenn Sie aber den Vertrag ablehnen, dann geht damit eine Quelle unseres Erwerbslebens und Rationalwohlstandes verloren, die nachher wieder zu fassen sehr schwer, vielleicht niemals gelingt. Es werden Tausende von Arbeitern außer Lohn und Brot kommen. Wer dazu das Herz, den Muth hat, der mag den Vertrag ablehnen. (Beifall links.)

Darauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Mittwoch 1 Uhr.  
Schluß 5 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 12. Dez. [Aus dem Reichstage.] Die zweite Lesung der Handelsverträge, zunächst des rumänischen, stellt sich nur als eine matte Wiederholung der Reden der ersten Lesung dar. Namentlich die Gegner wissen nichts Neues vorzubringen, und der gereiztere Ton, dessen sie sich befleißigen, vermag die Wirkung, die der Inhalt nicht hergeben will, auch nicht zu erzwingen. Das Interesse des Reichstages ist auf die Abstimmung gerichtet, und die Redeergüsse werden nur als Verzögerung der Entscheidung hingenommen. Eine Mehrheit für die Handelsverträge steht so gut wie fest. Die Konservativen, die einstimmig Nein sagen werden, haben auf ihrer Seite außer den Antisemiten und etwa einem Drittel der Freikonservativen die kleinere Hälfte des Centrums. Bei vollbestem Hause könnte hiernach die Mehrheit wohl fünfzig Mitglieder betragen. Soviele werden es nun freilich nicht sein, aber eine Mehrheit von gegen dreißig wird doch wohl herauskommen. Die Agrarier führen also einen hoffnungslosen Kampf. Graf Limburg verrieth heute das Hauptmotiv seines und seiner Freunde erbitterten Widerstandes. Wird der rumänische Handelsvertrag angenommen, so ist die Ablehnung des russischen Vertrages erschwert. Das ist ganz richtig, trotz der beschwichtigenden Antwort des Staatssekretärs v. Marschall, und weil es richtig ist, so darf man mit dieser Sachlage zufrieden sein. Diejenigen Abgeordneten, die zwar den rumänischen Vertrag noch annehmen, den russischen aber verwerfen wollen, werden im Augenblick, wo der Vertrag mit Rußland da ist, für ihr Nein keine zwingenden Gründe mehr beibringen können, und das ist gut so. Die größte Aufmerksamkeit fand heute der Centrumsredner Schäbler, der im Namen der ultramontanen Gegner der Handelsverträge sprach. Für den anderen Theil der Partei wird vermuthlich Herr Lieber das Wort nehmen. Vortrefflich wirkten die Ausführungen der Abgg. Barth und Budeberg zu Gunsten der Vertragspolitik. Namentlich der Hinweis des Abg. Budeberg auf die bösen Folgen einer Ablehnung für viele Tausende von Industriearbeitern war umso notwendiger und eindrucksvoller, als Graf Limburg-Strum sich nicht gescheut hatte, eine befremdliche Gleichgültigkeit gegen das Schicksal der Industrie zu zeigen. Die Vortheile der Handelsverträge für unsere Ausfuhr kann der konservative Redner nicht beitreten, aber trotzdem rühren sie sein agrarisches Herz nicht im geringsten, und wenn die

Landwirtschaft leidet, so braucht kein anderer Erwerbszweig es besser zu haben. Wahrscheinlich soll das staatsmännisch gedacht sein; jeder unbefangene Beurtheiler wird es so engherzig finden, daß ein gewisser Muth dazu gehört, sich in dieser Weise bloßzustellen. Die Abfertigung des Grafen Limburg-Strum durch den Staatssekretär von Marschall war hiernach nicht gerade eine schwere Aufgabe. Die Konservativen hatten auch sonst allerlei Unglück, namentlich mit ihrem Vorstoß gegen den Referenten der Kommission, den Abg. Baasche. Sie hätten sich überlegen müssen, an wen sie mit ihren ungewöhnlichen Beschwerden über mangelnde Objektivität gerathen waren, und daß es gefährlich werden mußte, an den Unrechten zu gerathen. Herr Baasche hat seine Angreifer mit sehr verben, aber wohlverdienten Schlägen zurückgetrieben. Morgen wird die namentliche Abstimmung über den rumänischen Handelsvertrag stattfinden. Von den Polen heißt es, daß sie sich nicht haben einigen können. Ihrer zwölf oder dreizehn werden zur Mehrheit stoßen. Da aber nach dem polnischen Fraktionsstatut die Mehrheit die Minderheit bindet, so werden die anderen nicht gegen die Verträge stimmen, sondern sich von der Abstimmung fern halten.

L. C. Berlin, 12. Dez. Während die „Nordb. Allg. Ztg.“ großspurig versichert, die Regierung werde, was speziell die Frage einer höheren Besteuerung des Tabaks betrifft, nicht nur an ihrer jetzigen Vorlage, sondern insbesondere auch an dem System derselben festhalten, werden hinter den Kulissen bereits Versuche gemacht, die Bedenken gegen die Tabakfabriksteuer durch eine wesentliche Vereinfachung der lebhaft beanstandeten Kontrollmaßregeln zu überwinden. Der Erfolg dieser Taktik läßt indessen zu wünschen übrig. Es liegt ja auch auf der Hand, daß Kompromisse dieser Art ausschließlich zu Gunsten der Regierung ausfallen müßten. Die Hauptsache ist die Einführung der Fabriksteuer. Gelingt diese nicht mit den äußersten, zur Sicherung des Steuerertrages unentbehrlichen Kontrollmaßregeln, so wird die Industrie geschädigt, ohne daß das Reich der in Aussicht gestellten Mehreinnahmen theilhaftig wird. Im letzteren Fall aber wird jeder künftige Reichstag gezwungen sein, die Kontrollmaßregeln, die jetzt unannehmbar erscheinen, nachträglich einzuführen. Wer diese Kontrolle, wie die Vorlage sie vorschlägt, nicht will, dem bleibt nichts übrig, als die Vorlage selbst abzulehnen, andernfalls muß, wer einmal A gesagt hat, auch B sagen.

— Die Abberufung des württembergischen Gesandten in Berlin, v. Moser, soll nach einer der „Frankf. Ztg.“ aus Stuttgart „von besonderer Seite“, d. h. von Herrn v. Mittnacht zugegangenen Meldung erfolgt sein, weil dem württembergischen Gesandten die Eröffnung gemacht wurde, „man wüßte den Verkehr mit ihm auf das amtlich nothwendige Maß beschränkt zu sehen“. Dem gegenüber behauptet die „Post“, „daß Herr v. Moser in Berlin bei allen im Betracht kommenden Stellen nach wie vor persona gratissima und die Geschichte von der ihm gemachten „Eröffnung“ erfunden ist“. Jetzt hat Herr v. Mittnacht wieder das Wort.

— Auf einen Raheakt wird jetzt die unheimliche Sendung zurückgeführt, die der Kaufmann Friedländer, Besitzer eines Wollengeschäfts in Berlin, am Montag Abend in seiner Wohnung, Neue Wilhelmstraße 2, erhalten hat. Friedländer saß, wie die „Post“ jetzt ausführlicher berichtet, mit seiner Familie bei Tisch, als ein Postbote ein kleines zylinderförmiges Paket abgab. Friedländer eruchte ein in seinem Haushalt als Geschäftsführer thätiges Fräul. B. das Paket zu öffnen. In dem Augenblick, in dem diese den Dedel des Pakets löste, erfolgte eine scharfe Explosion, eine Stichflamme schlug aus dem Paket hervor und eine Anzahl kleiner Stücke gedachten oder mit einer Scheere geschnittenen Blechs flogen aus der Hülle ins Zimmer. Fräul. B. wurden durch die Flammen die Augenbrauen versengt und ein Sohn Friedländers erlitt einige unbedeutende Verletzungen. Außerdem ist Niemand beschädigt worden. In dem Hause, in dem Friedländer wohnt, befindet sich ein Polizeirevier. Dorthin wurde von dem Vorfall Bericht erstattet und sofort eine Untersuchung eingeleitet. Zunächst wurde festgestellt, daß der Sprengstoff in einer zylinderförmigen Hülle von ziemlich dickem blauen Papier verpackt gewesen ist. Diese durch die Explosion wenig beschädigte Hülle trägt die Aufschrift: „Abender Zsrael Cohn, Dr. med. praktischer Arzt N., Müllerstraße 76.“ An dem Paket war mittels einer Schnur ein Stück Pappe befestigt, das die Adresse trug: „Herrn Kaufmann Moritz Friedländer, Berlin N.W., Neue Wilhelmstraße 2, I.“ Adresse und Namen des Absenders sind offenbar von derselben Person geschrieben, der Schrift nach zu urtheilen wahrscheinlich von einem Kaufmann. Die Papierhülle ist auf beiden Seiten verriegelt gewesen und war außerdem verschürt. Zur Verriegelung ist allem Anschein nach ein Stempel benutzt worden. Der Abdruck zeigt drei Sterne und das Wort Düsseldorf. Die Ladung ist sehr schwach gewesen und hat vermuthlich aus gewöhnlichem Pulver bestanden. Der Apparat war überaus primitiv zusammengesetzt. Innerhalb der Papierhülle hatte sich ein zylinderförmig zusammengedrücktes Stück Blech befunden. In diesem Zylinder hatte sich die Ladung und ein Streichholz befunden, das mit einer Schnur an dem Dedel befestigt war, und zwar so, daß das Streichholz bei Loslösung des Deckels an der Schnur über eine zu diesem Zweck angebrachte Reibfläche weggezogen werden mußte, wodurch es sich entzündete und die Explosion herbeiführen mußte. Die Verpackung des Pakets war sehr lauber und regelrecht, was darauf schließen läßt, daß sie von kundiger Hand ausgeführt worden ist. Festgestellt worden ist, daß das Paket am Montag zwischen 6 und 7 Uhr morgens in den zum Postamt 40 gehörigen, am Lehrter Bahnhof befindlichen Briefkasten gelegt worden ist. Keinem Zweifel unterliegt es, daß der Name des Absenders fingirt ist. Friedländer kennt Dr. Cohn, der thatsächlich in der Müllerstraße 76 wohnt, nicht. Nach dem Wortlaut der Adresse des angeblichen Absenders auf dem Paket zu schließen, hat sie der thatsächliche Absender wörtlich aus dem Adreßbuch abgeschrieben. Vollkommen unklar ist es, wer Friedländer diese Ueberraschung zugebracht hat. Er selbst hat keine Ahnung davon, wer ihm diese Bescherung bereitet haben könnte, und versichert, daß er Niemand kenne, der einen Grund haben könnte, an ihm Rache zu nehmen. An eine ersigemeinte Rache zu denken, fällt übrigens andererseits auch schwer, weil in einem solchen Fall wirksamere Mittel in Anwendung gebracht worden wären. Für einen abernen Scherz ist die Sache aber weder noch zu ernst gewesen.

**Aus dem Gerichtssaal.**

B. C. Berlin, 11. Dez. Nachdem die Bezeichnung „W e h m u t t e r“ auf die Agitation der betr. um das Bestehen und die Vermehrung des Menschengeschlechts so verdienstvollen Damen aus der offiziellen Terminologie gestrichen und durch „G e b a m m e“ ersetzt worden war, hatte sich in letzter Zeit in den Vereinen dieser Damen auch gegen den letzteren Titel, der dem Wesen der Sache für nicht entsprechend erachtet wurde, eine lebhaftere Bewegung entwickelt. Allgemein ging die Ansicht dahin, daß nur die Bezeichnung „Geburtsbelferin“ korrekt und angemessen sei. Die hiesige Hebamme Frau M. nahm es nun auf sich, dieser Ansicht auch die rechtliche Approbation zu verschaffen und legte sich deshalb auf dem vor ihrer Wohnung befindlichen Schilde neben der Bezeichnung „Stadthebamme“ auch ohne Weiteres in Parenthese die als „Geburtsbelferin“ bei, worauf sie allerdings auf Grund der §§ 129 und 147 der G.-O., wonach den nicht approbirten Personen die Führung der Bezeichnung „Arzt“ oder „Geburtsbelfer“ verboten ist, angeklagt und in zwei Instanzen zu einer Geldstrafe verurtheilt wurde. Die hiergegen eingelegte Revision wurde heute vom Straffenrat des Kammergerichts zurückgewiesen. Es bleibt also bei der „Hebamme.“

**Polnisches.**

**Posen, 13. Dezember.**

\* Der „Kuryer Poznański“, das hiesige kirchliche Reptil, hatte seiner Bedienstung zum erzbischöflichen Palais entsprechend bekanntlich unsere Nachricht über eine Zusage des Grafen Caprivi an den Erzbischof v. Stablewski betreffs des polnischen Sprachunterrichts für eben so falsch wie die vorhergegangene Mitteilung über eine solche Zusage an Herrn v. Szadzewski erklären müssen und das „Berl. Tagebl.“ hatte in seiner Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse und anscheinend aus Liebedienerei gegen die bei ihm in so hoher Gunst stehenden Männer des „Neuen Kuriers“ das „Dementi“ des „R. P.“ sofort aufgegriffen und nachgeschwätzt. Jetzt wird nun der „Freis. Ztg.“, die stets aus besten Quellen schöpft, zuverlässig mitgeteilt, daß die Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts auf einem Beschluß des Ministerraths beruht, den Minister Boffe jetzt nur auszuführen unternommen hat, und daß es richtig ist, daß Graf Caprivi, natürlich vertraulich, den Erzbischof v. Stablewski von den bevorstehenden Konzeptionen benachrichtigt hat. — Mehr als hier gesagt wird, haben auch wir nicht behauptet. Wäre unsere Nachricht falsch gewesen, so hätte sie im Uebrigen längst der „Reichsanzeiger“, der in letzter Zeit ein Dementi nach dem anderen bringt, für unrichtig erklärt, der „Kuryer Pozn.“ wäre offiziell ganz gewiß nicht dazu benutzt worden.

**Lokales.**

**Posen, 13. Dezember.**

p. Zur Vorbesprechung der Handelskammervahl war gestern Abend eine Versammlung nach der Stockfisch Kolonnade einberufen worden. Herr Stadtrath Herz eröffnete gegen 9 Uhr mit kurzen Worten die Versammlung und verlas dann die Namen der in diesem Jahr gesetzlich auscheidenden Mitglieder der Kammer. Von diesen hat, wie schon erwähnt, Herr Stadtrath Annuß bestimmt eine Wiederwahl abgelehnt und da für den verstorbenen Herrn Karl Brandt eine Ersatzwahl nöthig ist, so müßten auf jeden Fall zwei neue Kräfte gewonnen werden. Auf Vorschlag des Redners beschloß die Versammlung zunächst die auscheidenden Herren Stadtrath Kantorowicz, S. Aich, B. Leitgeber und M. Warschauer wieder als Kandidaten aufzustellen. Ueber die beiden neu zu nominierenden Kandidaten entspann sich eine längere Debatte. Von verschiedenen Seiten wurde gefordert, daß die Industrie eine bessere Vertretung in der Kammer erhalten müsse. Eine Bemerkung des Herrn Kasary Kantorowicz, daß es nicht mehr recht und billig sei, daß diesmal nach altem Gebrauch wieder zwei Christen gewählt würden, fand allgemeinen Widerspruch. Von den vorgeschlagenen Herren Schnege, Arthur Kronthal, Joseph Huger und J. Friedländer wurden schließlich die beiden letzteren mit großer Mehrheit zu Kandidaten erwählt.

p. Einen erbitterten Kampf mit einem Strolch hatten gestern Abend zwei Schutzleute zu bestehen. In der Bäckerei wurde nämlich der Arbeiter Skibinski von einem in Zivil befindlichen Schutzmann wegen Diebstahls verhaftet. St. letzte jedoch seiner Festnahme hartnäckigen Widerstand entgegen und gab dem Beamten einen so schweren Hieb über den Kopf, daß der Schutzmann zusammenbrach. Der Schutzmann vermochte sich zwar wieder aufzuraffen und dem St., der die Flucht ergriffen hatte, bei der St. Martinskirche einzuholen, doch erhielt er hier aufs Neue von dem Strolch einen Hieb, der ihn vollends kampfunfähig machte. Mit Hilfe von Passanten und des Schutzmannspostens vom Betriplatz gelang es endlich, den sich energisch wehrenden St. zu überwältigen und zur Wache zu bringen. Hierbei erhielt allerdings der andere Schutzmann von dem St. ebenfalls einen Schlag auf den Helm, dessen eine Seite dadurch gänzlich zertrümmert wurde, doch brachten einige Säbelhiebe den Strolch bald zur Ruhe. Der aus einer Kopfwunde stark blutende erste Schutzmann mußte nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden.

p. Eine sozialdemokratische Versammlung, welche gestern im Topolniskischen Lokal tagte, verlief nach ungefähr einstuündiger Dauer der polizeilichen Auflösung. Der Referent, Herr Reichstagsabgeordneter Legien-Hamburg hatte nämlich von der Revolution im Jahre 1848 in Ausdrücken gesprochen, die nach der Ansicht des überwachenden Kommissars Ziele die Auflösung der Versammlung nöthig machten.

\* Neue Reichsbank-Nebenstelle. Am 2. Januar 1894 wird in Deutsch-Krone eine von der Reichsbankhauptstelle in Posen abhängige Reichsbank-Nebenstelle eröffnet werden.

\* Submission. Der Bau eines evangelischen Pfarrhauses mit Nebengebäuden in Bentzen, veranschlagt ohne Titel Insgesamt auf 23 067 M. 36 Pf., soll vergeben werden. Bedingungen, Zeichnungen und Kostenanschläge liegen beim Kirchenältesten, Herrn Carl Knauerhase, daselbst aus, und können die Kostenanschläge und Bedingungen gegen Erstattung der Kopialien bezogen werden. Termin zur Vergabung der Bauten an qualifizierte Bewerber steht am 19. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, im Pfarrhause an.

**Telegraphische Nachrichten.**

**Hannover, 12. Dez.** Der hiesige Männergesangsverein in Stärke von 200 Personen ist heute nebst der Musikkapelle des 73. Inf.-Reg. in einem Sonderzug nach Potsdam abgereist, um heute Abend bei dem Hofkonzert im Neuen Palais mitzuwirken.

**München, 12. Dez.** Der pensionirte General der Infanterie, Frhr. v. Müller, ist gestorben.

**Wien, 12. Dez.** [Abgeordnetenhaus.] Bezüglich des Eintrittes in das Haus sind heute verstärkte Kontrollmaßregeln getroffen, die Kartenausgabe ist beschränkt worden. Das Haus begann die Verathung der Ausnahmeverfügungen für Prag und Umgebung. Der Berichterstatter der Minorität Herold führte aus, Ausnahmeverordnungen und Ausnahmegefesse seien unbegründet, die gewöhnlichen Gefesse hätten genügt. — In fortgesetzter Verathung über die Ausnahmeverfügungen griffen die Jungtschechen Herold, Blazek, Kasten, Gregor und Bacak die Regierung heftig an und erklärten, daß die Ausnahmeverfügungen nicht im Einklange mit den gegenwärtigen Zuständen in Böhmen ständen. Plate (Südlabe) sprach sich in gleichem Sinne aus. Die deutsche Linke erklärte, sie werde, um keine Schädigung der Staatsinteressen herbeizuführen, für den Antrag der Majorität stimmen in der Hoffnung auf eine baldige Beseitigung der Ausnahmeverfügungen. Szecapanowitsch hob hervor, die Polen würden im Hinblick auf das von der Regierung vorgelegte Material für die Ausnahmeverfügungen stimmen, erwarteten aber die Aufhebung der Maßregeln, sobald die Voraussetzungen für deren Verhängung wegfallen. Hierauf wurde die Weiterverathung auf morgen vertagt.

**Wien, 12. Dez.** Der serbische Spezialgesandte Milobanowitsch wurde gestern vom Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoth empfangen. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, fügte der Spezialgesandte den Versicherungen seiner Auftraggeber hinzu, daß die serbische Regierung sogleich bereit sei, alle Garantien zu geben, welche Oesterreich-Ungarn in der Odrifrage verlangen würde, um zu beweisen, daß Serbien nicht beabsichtige, die österreichische Ausfuhr zu schädigen. Die Verfügungen bezüglich der Bemessung der Odrifrage seien lediglich inneren Schwierigkeiten entsprungen. Graf Kalnoth nahm, nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ die Mittheilungen des Spezialgesandten entgegen und vermittelte demselben betreffs weiterer Erörterungen an den Sektionschef Glanz v. Etcha. Zwischen beiden Beamten sollen heute und in den folgenden Tagen Konferenzen stattfinden, deren endgültiges Resultat in einem Notenwechsel beider Regierungen niedergelegt werden dürfte. In diesen Konferenzen würden genaue Durchführungsbestimmungen über die Odrifrage festgelegt werden. Hieraus erklärte sich, daß der Spezialgesandte Milobanowitsch seinen Aufenthalt um acht Tage verlängert habe.

**Fiume, 12. Dez.** Der ungarische Dreimaster „Dampierre“ stieß auf der Fahrt von Luni nach Fiume in der Nähe von Fiola Grossa mit dem englischen Dampfer „Lamington“ zusammen und sank nach etlichen Minuten. Die Mannschaft wurde gerettet.

**Paris, 12. Dez.** Der Senat ernannte eine Kommission zur Prüfung eines Gesetzesentwurfes, wonach das Preßgesetz abgeändert werden soll. Der Berichterstatter der Kommission faßte den Bericht sofort ab. Der Senat genehmigte den Gesetzesentwurf ohne Verathung mit Einstimmigkeit. — Auch die Kammerbüreaus ernannten die Kommissionen, welche die Vorlagen über die Vereinigungen von Anarchisten und die Herstellung sowie die Innehabung von Explosivstoffen prüfen sollen. Sämmtliche Mitglieder der Kommissionen billigten die Vorlagen und man glaubt, die Kammer werde noch in dieser Woche über dieselben beschließen. Der Antrag, einen Kredit zur Vermehrung der Polizeibeamten zu eröffnen, ist an die Kreditkommission verwiesen worden. — Alle gemäßigten republikanischen Blätter billigen das von der Kammer angenommene Preßgesetz. Die radikalen Blätter machen der Kammer den Vorwurf, nur der Furcht nachgegeben zu haben, da sie ein so reaktionäres Gesetz annahm. Die konservativen Organe bezweifeln, ob das Gesetz die erhoffte Wirkung haben werde.

**Paris, 12. Dez.** Der Kammerpräsident Dupuy erklärte in der heutigen Sitzung, Sympathie-Bezeugungen für die Kammer von der italienischen, belgischen und schweizer Regierung, sowie der englischen, österreichischen und holländischen Kammer erhalten zu haben; er drückte allen Absendern dieser Sympathie-Bezeugungen den Dank der Kammer aus. (Beifall.) — Dem „Temps“ zufolge empfing der Kriegsminister die Deputirten und Senatoren der südöstlichen Departements, welche ihm Wünsche betreffs der Grenzvertheidigung vortrugen. Der Kriegsminister gab die Versicherung, daß diesen Wünschen entsprochen werden würde.

**Paris, 12. Dez.** In einer heute abgehaltenen Konferenz des Ministerpräsidenten Casimir Perier, des Ackerbauministers Blier und des Deputirten Melite wurde anerkannt, daß es gegenwärtig nicht angängig sei, die Getreidezölle zu erhöhen, man müsse jedoch die gesetzlichen Vorschriften über die zeitweise Zulassung und die Zollniederlagen für Getreide prüfen, um den Schmuggel und die Spekulation zu verhindern.

**London, 12. Dez.** Lord Salisbury erklärte in der heutigen Sitzung des Oberhauses, daß falls es ein internationales Mittel gäbe, die Greuelthaten der Anarchisten zu verhindern, so würde die englische Regierung nicht zögern, ihren Theil an dieser Pflicht zu übernehmen (Beifall.) Monkswell führte aus, die Lokalbehörden seien angewiesen, ihr möglichstes zur Vinderung der durch den langen Kohlenstreik entstandenen Noth zu thun. Der Staatssekretär für Indien Carl of Kimberlay erklärte, eine große Zunahme der Einwanderung armer Ausländer sei nicht erfolgt, es sei daher in dieser Hinsicht kein sofortiges Vorgehen nöthig, die Regierung werde aber sorgfältig beobachten, ob eine Zunahme der Einwanderung eintreten werde.

**Washington, 11. Dez.** Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des neuen Tarifs soll nunmehr auf den 1. Juni 1894 festgesetzt werden.

**Telephonische Nachrichten.**

Eigener Fernsprechdienst der „Bof. Ztg.“

**Berlin, 13. Dezember, Morgens.**

Ein diplomatisches, parlamentarisches Diner gab gestern Abend der Reichskanzler Graf Caprivi. Zu demselben waren hauptsächlich erschienen: Die Träger der hohen Reichsämter und der Vorsitz des Reichstages.

Wie aus Erlangen gemeldet wird, beging der wegen Verschwendung entmündigte Studiosus juris Schwittay, aus Schubin i. Posen, Selbstmord.

Aus Ober-Glogau wird gemeldet: Der Kriegsminister ordnete heute die Versekung des hier garnisontrenden Husaren-Regiments „Graf Gorzen“ nach Ratibor an.

Aus Landsberg a. W. meldet man: Im Nachbarorte Richnow ist wegen Diphtherie die Schule auf landrätliche Verfügung bis auf weiteres geschlossen.

Aus Hamburg meldet die „Bof. Ztg.“: Das Verbot, russische Auswanderer über Hamburg nach Amerika zu befördern, ist aufgehoben worden. Nächste Woche

geht der Postdampfer „Rathia“ nach Amerika mit russischen Auswanderern ab.

Im französischen Justizministerium, in welchem beschlossen war, Massenverhaftungen von Anarchisten vorzunehmen, waren zahlreiche Verhaftungsbefehle erlassen worden. In der Nacht jedoch wurden die Behörden, wie aus Paris gemeldet wird, andern Sinnes und haben beschlossen, erst die Annahme des den Kammern vorliegenden Ausnahmegesetzes abzuwarten.

Die Quästur der belgischen Deputirtenkammer hat Personen, welche ein Packet tragen, das Betreten des Sitzungssaales verboten.

In Bern werden zahlreiche anarchistische Schriften verbreitet, welche von Paris eingeschmuggelt worden sind. Der Anfang eines Schriftstückes lautet: „Nunmehr ist der soziale Krieg erklärt und das neueste Werk der Anarchisten, die Attentate auf die menschliche Gesellschaft . . .“ Die sofortige Untersuchung ist eingeleitet worden.

In der serbischen Skupstina beantragten, wie aus Belgrad gemeldet wird, 40 radikale Abgeordnete, daß allen Reserve- und Milizsoldaten die Gewehre und Munition in das Haus gegeben werden.

**Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1893.**

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
12. Nachts 2	754,2	S leicht	bedeckt	+ 2,2
12. Abends 9	756,0	SW schwach	bedeckt	+ 1,4
13. Morgs. 7	755,3	Windstille	bedeckt	+ 0,8

<sup>1)</sup> Nachmittags und Abends starker Nebel. <sup>2)</sup> Nachts und früh Regen; Nebel.  
Niederschlagshöhe in mm am 13. Dez. Morgens 7 Uhr : 5,0  
Am 12. Dez. Wärme-Maximum + 2,7° Cel.  
Am 12. = Wärme-Minimum - 0,7°

**Wasserstand der Warthe.**

Posen, am 12. Dez. Morgens 0,88 Meter.  
" 12. " Mittags 0,88  
" 13. " Morgens 0,88

**Fonds- und Produkten-Börsenberichte.**

**Fonds-Berichte.**

\* Berlin, 12. Dez. [Zur Börse.] Die „Nat.-Ztg.“ berichtet: In Wien ist man nicht mehr im Stande, für eine Hauffebewegung einzutreten. Dort herrscht eine Geldknappheit, die, wenn überhaupt an die Wiederholung von Ereignissen bei gleichen Vorzeichen geglaubt wird, eine nahe Gefahr signalisirt. In Wien ist der Zinsfuß auf 6%, Proz. gestiegen, und dortige Bankfirmen suchen hier Geld zu 5 1/2, Proz., eine Nachfrage, der man hier in ihrem ganzen Umfange entgegenzukommen nicht bereit ist. Im Arrangement sollen heute in Wien 10-11 Proz., in Pest sogar 15 Proz. gefordert worden sein. Wir geben diese Nachrichten wieder, wie sie von Wiener Depeschen hierher gelegt wurden. Weiter wird berichtet, daß in Pest eine Kaufkraft für alle Papiere ohne Wahl vorherrscht, in Wien alle Lokalpapiere in den Vordergrund getreten sind. Könnte diese Richtung nicht das bekannte Ende der spekulativen Uebertreibungen sein! In Paris haben doch das jüngste anarchistische Attentat und die in der Deputirtenkammer eingebrachten Gesetzesvorlagen eine Wirkung ausgeübt. Der Eifer für die Hauffe hat dort nachgelassen. Dasselbe gilt für London, das ebenfalls schwache Haltung meldete. Das Geschäft bewegte sich hier innerhalb sehr enger Grenzen. Die Contremine hat in den letzten Wochen so ausgedehnte Deckungen vorgenommen, daß man annimmt, es sei das Decouvert auf ein Minimum herabgesunken. Da das Publikum nach wie vor eine vollständige Enthaltung von Geschäften aufweist, so muß, wenn nicht innerhalb des kleinen Circels der Tagespekulation eine Bewegung inszenirt wird und wenn von außen keine Anregung kommt, der Verkehr in Verödung gerathen. Diesen Charakter trug auch der heutige Verkehr. Man kann aber nicht sagen, daß die Stimmung deprimirt gewesen sei. Immer noch wirken die Ausichten auf das Zustandekommen der bekannten Handelsverträge und auf eine Verständigung mit Rußland im günstigen Sinne. Der Montanmarkt war ohne Anregung. Es fanden einige Realisirungen statt, die das Coursniveau speziell von Laura-Altten etwas herabdrückten. Im Allgemeinen waren die Umsätze sehr beschränkt, doch hören wir, daß Rheinlands-Werksalun andauernd als Verkäufer sowohl von Eisen- als Kohlenwerthen auftritt, während für Wiener und Pester Rechnung diese Werthe gekauft werden.

**Breslau, 12. Dez.** (Schlußkurse.) Etwas schwächer. Neue 3proz. Reichsanleihe 85 50. 3 1/2, Proz. L.-Randbr. 87,40. Konigl. Lärten 22,50. Türkl. Bont. 89,75. 4proz. unq. Goldrente 94,75. Bresl. Diskontobank 96,50. Breslauer Wechselbank 94,50. Prebaltischen 207,10. Schles. Bankverein 1 380. Donnerstagsmarchütte 93,90. Kälber Maschinenbau ——. Rattowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 127,50. Oberösterl. Eisenbahn 48,25. Oberösterl. Portland-Zement 82,50. Schles. Zement 133,50. Opperl. Zement 98,25. Krampitz 124,50. Schles. Zinkaktien ——. Laura-Jütte 108,00. Breiten Velfabr. 86,50. Oesterreich. Banknoten 163,05. Russ. Banknoten 215,40. Giese Zement 85,00. 4proz. Ungarische Kronenanleihe 90,50. Breslauer elektrische Straßenbahn 118,25.

**Frankfurt a. M., 12. Dez.** (Effekten-Societät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 278 1/2. Franzosen 249. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. Gottthardbahn 150,80. Diskontokommandit 171,80. Dresdner Bank 131,80. Berliner Handelsgesellschaft 129,70. Bochumer Gußstahl 114,00. Dortmund. Unten. —. Pr. —. Gelsenkirchen 142,30. Harpener Bergwerk 131,60. Hütte 109,00. Baurhütte 107,50. 3proz. Portugiesen —. Stallenische Mittelmeerbahn 87,60. Schweizer Centralbahn 116,10. Schweizer Nordostbahn 101,60. Schweizer Union 76,50. Italicische Werksbau 109,70. Schweizer Simplonbahn 53,10. Nordb. Lloyd —. Mexikaner 66,30. Italicener 81,30. Behauptet.

**Hamburg, 12. Dez.** (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 278,50. Lombarden —. Diskontokommandit 171,50. Russische Noten 215,00. Nordb. Lloyd —. Italicener 81,15. Deutsche Bank —. Baurhütte —. Packerfabrik 98,70. Dresdner Bank —. Dortmund —. Dynamit Truif —. Schwach.

**Paris, 12. Dez.** (Schlußkurse.) Träge. 3proz. amerik. Rente 99,05. 3proz. Rente 99,35. Italien. 5proz. Rente 82,80. ungar. Goldrente 95,75. III. Orient. Anleihe 69,25. 4proz. Russen 100,20. 4proz. unq. Egypt. 102,10. 4proz. span. ä. Anleihe 62 1/2. lomb. Lärten 22,67 1/2. Türkl. Bont. 93,20. 4prozentige Türkl. Prioritäts-Obligations 1890 467,00. Franzosen 640,00. Lombarden 236,25. Banque Ottomane 596,90.

